

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 679.

Wirt der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 416.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer an Sonn- und Festtagen mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannstraße 50, nach der Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,50. Monatlich 55 Pf. Nachzahlungen für den 4. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die vierteljährliche Beilage oder deren Raum 15 Pf., für Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 100.

Sonntag, den 29. April 1899.

6. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“)

Berlin, den 27. April 1899.

Im Reichstage wurde heute die zweite Verathung der Bankgesetzentwürfe erledigt. Das Haus war sehr gut besucht. Wohl etwa 300 Abgeordnete waren anwesend. Bei dieser Vollzähligkeit war natürlich eine Ueberrumpfung, wie sie von einzelnen Agrariern vielleicht in Rechnung gezogen war, ausgeschlossen. Die Herren Arendt und Hahn machten nicht einmal den Versuch, namentliche Abstimmungen zu beantragen. Die Vorlage wurde genau nach den Beschlüssen der Kommission angenommen; d. h. sämtliche agrarische Anträge, die auf Verstaatlichung der Reichsbank abzielten, fielen ins Wasser. Unsere Genossen stimmten fast immer mit der Mehrheit; nur bei der Frage, wie hoch die Dividenden der Anteilseigner bemessen werden sollen, fanden sie sich mit den Konservativen in dem Bestreben zusammen, diese Dividenden auf einen geringeren als den bisherigen Prozentsatz zu beschränken. Aber auch hier behielt die Kommission recht, und es erregte natürlich immer große Heiterkeit, wenn sich die Abgeordnetengruppen auf der äußersten Rechten und der äußersten Linken des Hauses gemeinschaftlich erhoben, die hawischen placerte Mehrheit aber sitzen blieb. Die Kommission hat das Grundkapital der Reichsbank von 150 auf 180 Millionen erhöht, die Dividenden der Anteilseigner etwas herabgesetzt und die Privatnotenbank der Diskontpolitik der Reichsbank unterordnet. Morgen steht die lex Rintelen zur zweiten Verathung.

78. Sitzung, Mittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitz: Graf v. Posadowsky, v. Koch, v. Podbielski, Fehr, v. Thielmann.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Verathung der Novelle zum Bankgesetz.

Nach Artikel 1 der Vorlage soll das Grundkapital der Reichsbank von 120 auf 150 Millionen erhöht werden. Die Anteilsscheine sollen auf je 3000 M. lauten. Die Kommission (Referent Abg. Müller-Kulda, C.) hat das Grundkapital noch um weitere 30 Millionen, also auf 180 Millionen, erhöht. Die Anteilsscheine sollen nur auf je 1000 M. und die neu bis zum 31. Dezember 1900 begw. 31. Dezember 1905 zu begebenden auf den Namen lauten sowie dem Prospektzwang nicht unterworfen sein.

Levekov und Gen. (R.) beantragen, daß die neuen Antheile sämtlich bereits bis zum 31. Dezember 1900 begeben werden sollen.

Dr. Arendt (RP.) beantragt, den § 23 des Bankgesetzes, auf den sich diese Änderungen beziehen, dahin zu fassen, daß das Grundkapital der Reichsbank bestehen soll a) aus 120 Millionen getheilt in 40 000 auf den Namen lautende Antheile à 3000 M., b) aus 60 Millionen Mark getheilt in 20 000 vom Reich zu übernehmende Antheile von je 3000 M.

Dr. Arendt (Rp.) stimmt gegen die Vorlage, hofft aber gleichwohl die von ihm beantragten Änderungen des § 1 durchzusetzen, nach denen die 60 Millionen M. Kapitalerhöhung aus Reichsmitteln geschaffen werden sollen, sowie daß der Antrag Levekov zur Annahme gelangt.

v. Staudy (R.) erklärt, daß seine Partei an der Verstaatlichung der Reichsbank festhält. Die Sozialdemokraten sind nur Gegner der Verstaatlichung, weil sie meinen, sie könne den Agrariern Vorteile bringen. Vor allem bitte ich Sie um Annahme des Antrags Levekov.

Chensky (B.) bittet, den Antrag Levekov abzulehnen, ebenso die Änderung Arendt.

Reichsbankpräsident Dr. Koch: Ich bitte um Ablehnung des Antrags Arendt, der nur die Verstaatlichung anbahnen soll. Der Antrag Levekov geht von der irrthümlichen Voraussetzung aus, daß eine sofortige Erhöhung des Bankkapitals auch eine sofortige Herabsetzung des Diskontsatzes ermöglicht. Wir hoffen, mit den 30 Millionen Erhöhung vorläufig auszukommen; daher wäre es richtiger, die weitere Erhöhung von einer Frist von 5 Jahren abhängig zu machen.

Gamp (Rp.) ist im Wesentlichen mit den Kommissionsbeschlüssen einverstanden.

Hising (RP.), Fischbeil (RP.), Steuens (RP.) schließen sich dem Kompromiß der Kommission an und stimmen gegen alle Änderungsvorschläge.

Damit schließt die Diskussion. Art. 1 wird unter Verwerfung des Amendements Arendt und des Antrags von Levekov gegen die Stimmen der Konservativen und eines Theils der Reichspartei in der Kommissionsfassung angenommen.

Der Art. 2 soll nach dem Kommissionsbeschuß folgende Fassung erhalten: Aus dem beim Jahresabschluß sich ergebenden Reingewinn der Reichsbank wird: 1) Zunächst den Anteilseignern eine ordentliche Dividende von 3 1/2 pCt. des Grundkapitals berechnet, sodann 2) von dem Mehrbedarf eine Quote von 20 pCt.

dem Reservefonds ausgeschrieben, so lange derselbe nicht den Betrag von 60 Millionen Mark erreicht hat, 3) von dem weiter verbleibenden Reste den Anteilseignern ein Viertel, der Reichskasse drei Viertel überwiesen.

Die Abg. v. Levekov (R.) und Gen. beantragen, hinzuzufügen: Die Gesamtdividende der Anteilseigner darf 6 pCt. nicht übersteigen.

Die Abg. Auer (SD.) und Gen. beantragen, Ziffer 3 folgendermaßen zu fassen: Der alsdann verbleibende Ueberschuß wird zu einem Viertel an die Anteilseigner und zu drei Vierteln an die Reichskasse gezahlt. Die Gesamtdividende der Anteilseigner darf 5 pCt. nicht übersteigen.

Graf Kanitz (R.) bekräftigt den Antrag Levekov.

Schönlank (SD.) erklärt, daß seine politischen Freunde von der Verstaatlichung nur Abstand nehmen, wenn Zeit und Umstände es wie im vorliegenden Falle nöthig erscheinen lassen. Sie haben ihren Änderungsantrag eingebracht um ihres prinzipiellen Standpunktes willen. Sollte er abgelehnt werden, was sehr bedauerlich wäre, so würden sie für den Antrag Levekov stimmen.

In der darauf folgenden Abstimmung stimmen sowohl für den Antrag Auer, wie für den Antrag Levekov nur die Sozialdemokraten und Konservativen, also die äußerste Linke und äußerste Rechte, was große Heiterkeit im Hause erregt. Beide Anträge sind somit abgelehnt; Art. 2 wird in der Kommissionsfassung gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.

Fischbeil (RP.) beantragt, folgenden Artikel zu einzuschreiben: Die Mitglieder und die Stellvertreter werden von der Generalversammlung aus der Zahl derjenigen Anteilseigner gewählt, welche Antheile (auf Namen lautend) im Mindestbetrage von je 1000 Mark besitzen.

Der Antrag wird angenommen. Art. 3 wird in der Kommissionsfassung debattelos angenommen, ebenso Art. 4.

Art. 5 lautet in der Kommissionsfassung in seinen beiden ersten Paragraphen: § 1. Die Reichsbank darf vom 1. Januar 1901 ab nicht unter dem von ihr jeweilig öffentlich bekannt gemachten Prozentsatz diskontiren, sobald dieser Satz 4 Prozent erreicht oder übersteigt. Wenn die Reichsbank zu einem geringeren als dem öffentlich bekannt gemachten Prozentsatz diskontirt, so hat sie diesen Satz im „Reichsanzeiger“ bekannt zu machen. — § 2. Der Bundesrath wird denjenigen Privatnotenbanken gegenüber, auf welche die beschränkenden Bestimmungen des Bankgesetzes keine Anwendung finden, von dem vorbestimmten Kündigungsrechte behufs Aufhebung der Befugniß zur Ausgabe von Banknoten zum 1. Januar 1901 Gebrauch machen, wenn diese Banken sich nicht bis zum 1. Dezember 1899 verpflichten, vom 1. Januar 1901 ab 1) nicht unter dem öffentlich bekannt gemachten Prozentsatz der Reichsbank zu diskontiren, sobald dieser Satz 4 Prozent erreicht oder übersteigt, und 2) im Uebrigen nicht um mehr als 1/4 Prozent unter dem öffentlich bekannt gemachten Prozentsatz der Reichsbank zu diskontiren, oder falls die Reichsbank selbst zu einem geringeren Satze diskontirt, nicht um mehr als 1/4 Prozent unter diesem Satze.

Heim (B.) beantragt, als weitere Mitberung zu Gunsten der Privatnotenbanken, in § 1 Absatz 1 und § 2 Ziffer 1 die Worte erreicht oder zu streichen, sowie, den § 2 Abs. 1 wie folgt zu fassen: Der Bundesrath wird ... zum 1. Januar 1901 keinen Gebrauch machen, wenn diese Banken sich bis zum 1. Dezember 1899 verpflichten.

Vayer, Bundesbevollmächtigter Fehr, von Stengel bekräftigen im Interesse der süddeutschen Banken die Annahme dieses Antrags.

Graf Kanitz (R.) beantragt, im ersten Absatz des § 1 die Worte: sobald dieser Satz 4 Prozent erreicht oder übersteigt, sowie den zweiten Absatz ganz zu streichen. Er beantragt ferner, in Nr. 2 des § 2 statt 1/4 Prozent zu setzen 1/2 Prozent und die Worte: oder falls die Reichsbank selbst zu einem geringeren Satze diskontirt, nicht um mehr als 1/4 Prozent unter diesem Satze, zu streichen.

Reichsbankpräsident Koch bittet um Ablehnung der Anträge; er beruft sich dem Antrag Heim gegenüber auf den bayerischen Minister des Innern.

Hausmann-Wöhltingen (SP.) tritt für den Antrag Heim ein.

von Frege (R.): Meine hochverehrten Herren (Heiterkeit), man muß doch bedenken, daß gerade die kleineren Banken viel mehr auf die intimeren Wünsche der produktiven Stände ihres Bezirks eingehen, als die Reichsbank. Man muß daher in möglichst loyaler Weise ihnen ihre Existenz sichern. Da scheint mir der Antrag Kanitz ein durchaus gangbarer Mittelweg; ich bitte daher das hohe Haus, ihn betreten zu wollen.

Gamp (RP.): Das Deutsche Reich bildet einen einheitlichen Wirtschaftsbezirk; wir müssen also großen Werth darauf legen, daß die Diskont-Politik nicht durch die Transaktionen der Privatnotenbanken durchkreuzt wird. Unter diesem Gesichtspunkte müssen wir daher die Anträge Heim und Kanitz ablehnen.

Lude (Wildhoni, Vd. d. Landw.) tritt für die Anträge Heim und Kanitz ein.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky bittet unter Hinweis auf die geschichtliche Entstehung der Reichsbank, den Antrag Kanitz abzulehnen.

Arendt (RP.) findet es wünschenswerth, den Privatdienst der Reichsbank zu beseitigen und bittet daher um Annahme des ersten Theiles des Antrags Kanitz.

Reichsbankpräsident Koch wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Arendt.

Dietrich (R.) wendet sich gegen den ersten Theil des Antrags Heim, der gerade die Möglichkeit des erweiterten Privatdiskonts der Reichsbank in sich birgt.

Frisch (B.): Ein großer Theil meiner Freunde wird für den Antrag Heim stimmen. Er ist mir auch sympathisch; aber da seine Annahme das ganze Gesetz in Gefahr bringen könnte, so werde ich gegen ihn stimmen.

Heim (B.) warnt vor der Beseitigung der Privatnotenbanken, die einen Schritt auf dem Wege zur Verstaatlichung der Reichsbank bedeute. Gerade die bayerische Notenbank diene den kleinen Kapitalisten und der Landwirtschaft.

Bayerischer Staatsrath Fehr, v. Stengel weist darauf hin, daß auch der bayerische Finanzminister von Riebel die Streichung der vom Abg. Heim angefochtenen Worte für wünschenswerth erklärt habe. Aber höher als die Erfüllung dieses Wunsches stehe ihm das Zustandekommen des ganzen Gesetzes und er wolle das Kompromiß nicht gefährden.

Dietrich (R.) bittet nochmals die bairischen Freunde, ihre Separatwünsche zurückzustellen.

Hising (R.) erklärt, in erster Linie für den Antrag Levekov stimmen zu wollen, sollte dieser abgelehnt werden, würde er für den Antrag Heim votiren.

Die Diskussion wird geschlossen.

Die Anträge von Levekov und Dr. Heim werden abgelehnt, die Beschlüsse der Kommission aufrecht erhalten. Ebenso wird der ganze Artikel 5 in der Fassung der Kommission angenommen.

Der Rest des Gesetzes gelangt debattelos zur Annahme. Von der Kommission werden folgende zwei Resolutionen zur Annahme empfohlen:

1. Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß die Reichsbank bei der Diskontirung von Genossenschaftswechseln, die Haftpflicht der Genossen für die Beurtheilung der Kreditfähigkeit der betreffenden Genossenschaft verlässigt.

2. Der Reichstag wolle beschließen, die Erwartung auszusprechen, daß die Reichsbankleitung in Erwägung zieht, ob nicht zu Zeiten stillen Geldstandes eine Zinsfestlegung für Lombarddarlehen auf ein halb Prozent über Bankdiskont ermöglicht werden kann.

Beide Resolutionen werden nach unweillicher Debatte angenommen.

Die Petitionen werden für erledigt erklärt.

Damit ist die zweite Verathung der Bankvorlage beendet.

Nächste Sitzung: Freitag, 1 Uhr.

Dritte Lesung der Bankvorlage, Justizanträge Rintelen und Genossen. (Voreide.)

Schluß 5 1/2 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zur Zuchthaus-Vorlage wird der „Frlf. Btg.“ aus Berlin geschrieben:

„Die bisherige Verzögerung dieses von der sozialpolitischen Richtung des Freiherrn v. Stumm und den noch immer dem verflochtenen Sozialistengesetz nachtrauernden Positivern so heftig ersehnten Gesetzentwurfes beruht nicht auf der Schwierigkeit seiner Ausarbeitung. Es mag ja für den damit Betrauten nicht leicht gewesen sein, dem Wunsche maßgebender Stellen entsprechend in diese Vorlage das Zuchthaus hinein- oder auch es herauszubringen, denn man weiß ja noch nicht, wie der Entwurf lauten wird. Aber das allein hätte die Angelegenheit so lange nicht verzögert. Es hat sich da hinter den Kulissen wieder einmal ein Stück der Politik des Verhinderung abgepielt, ein Akt des eigentlichen seit dem Falle des Sozialistengesetzes nie ruhenden, stillen und dann wieder einmal an die Öffentlichkeit dringenden Kampfes zwischen zwei verschiedenen Richtungen in der Behandlung der Sozialdemokratie und der Arbeiterbewegung, der in der Hauptsache meistens ein Kampf zwischen verantwortlichen und unverantwortlichen Rathgebern ist. Man geht nicht fehl, wenn man annimmt, daß einsichtsvolle Staatsmänner, die auch die Stimmung im jetzigen Reichstage richtig beurtheilen, gern um diesen Entwurf herumgekommen wären, und es ist für gewisse Verhältnisse recht interessant, daß man sogar sich bemüht hat, gegen den starken Einfluss einzelner als Scharfmacher bezeichneten Persönlichkeiten Gegeneinflüsse zu gewinnen, auch aus den Kreisen der Großindustrie und — wie wir glauben — sogar bis zu einzelnen Bundesfürsten herauf.

Der Uebersicht unterstellt aber die auf dem individuellen Einfluss einzelner Personen und einer weitgehenden Organisation der Presse beruhende Macht der Großindustriellen von Stahl und Eisen, die sich auf die verschiedensten Verhältnisse unseres öffentlichen Lebens erstreckt und im Wachsen ist; sie umfaßt gleichmäßig die Behandlung der Sozialpolitik und der Arbeiterfragen, wie den Umfang und das Tempo des Umbaus unserer Flotte, an der ja diese Industrie noch besonders theilhaftig ist, und eines fördert die andere. Es giebt politische Beobachter, denen dieser geräuschlos arbeitende, wachsende Zusammenschluß der Großindustriellen wirtschaftlich und politisch schon längst viel bedenklicher ist, als das mit lautem Geschrei auftretende Agrariertum. Wie weit der Gesetzentwurf zum Schutze der Arbeitswilligen einen Sieg der sozialpolitischen Richtung des Freiherrn v. Stumm, um eines Namens zu nennen, darstellt, wird von seinem Inhalt abhängen, auf den man ja nach der berühmten Deynhäuser Aufkündigung besonders gespannt sein muß.

Arbeitsruhe ist die würdigste Form der Mai-Feier!

Er geht dem Bundesrat bald zu. Ob sich gewisse Hoffnungen auf dessen korrigierende Thätigkeit hechten lassen, ist fraglich. Die Politik des Verhinderung scheint in diesem Fall gescheitert zu sein. Das ist kein Unglück, denn diese Politik ist doch nur ein Mittel. Es ist jedenfalls ganz richtig, wenn der neue Reichstag in seiner ersten Session zu einer sozialpolitischen Frage von solcher Wichtigkeit eine Stellung nehmen muß, weil dann vielleicht einige Ruhe für die nächsten fünf Jahre geschaffen wird, wie sie die vorige Reichstag durch seine Ablehnung des Umsturzgesetzes geschaffen hat. Nur der Reichstag kann die Politik des Verhinderung wirksam betreiben und die Stellen ausfüllen, die sich vielleicht in einer Täuschung befinden über die Stärke der verschiedenen sozialpolitischen Strömungen in der Volkvertretung.

Diese Federzeichnung eines aus der Umgebung des Kongress "inspirierten" Journalisten verdient es, als Stimmungsbild beachtet zu werden; desgleichen, was die "Reinisch-Westfälische Bzg." über die Buchdruckvorlage schreibt:

Wichtig ist, daß dieser Entwurf seit Wochen im Reichsamt des Innern seitig daliegt, daß dessen Einbringung im Bundesrat von Woche zu Woche erwartet wurde, und daß sich an die Verhandlung manche Gerüchte von unüberwindlichen Schwierigkeiten unter den verbündeten Regierungen in Bezug auf diesen Gegenstand geknüpft haben. Wichtig ist auch, daß ein einzelner Bundesregierung schon vor längerer Zeit eine entsprechende Abweichung gegen ein derartiges reichsgegesetzliches Vorgehen nachgesagt wurde.

Der Reichstag wird sich danach aller Wahrscheinlichkeit noch in dieser Tagung mit der Buchdruckvorlage zu beschäftigen haben. Die Sozialdemokratie hat gewiß nichts dagegen einzuwenden, daß der so feierlich angekündigte Entwurf in amtlicher Form an die Gesetzgeber kommt. Der Budgetkurs ist geradezu, nach der Lage der Sache und der Eigentart der ausschlaggebenden Kreise, eine dem Willen entsprechende tagesspolitische Notwendigkeit. Die Deputierten Rede stellt sich dar als das Programm jener Scharmacher; die "gepanzerte Faust" soll in die Sozialpolitik hineinfahren, koste es, was es wolle. Die "homogene" Regierung mit ihrer berühmten "Einheitlichkeit" und die Kullistenwirksamkeit einflussreicher Saarabier erscheinen in heller Beleuchtung. Wir haben unsere Auffassung von dem Stande der Dinge oft genug dargelegt, und wir wiederholen: Keine bürgerliche Partei bietet die Bürgschaft für die Erhaltung oder gar für den freiherrlichen Ausbau des Koalitionsrechts; die kapitalistisch-feudale Mehrheit des Reichstages wartet nur auf die Gelegenheit, es zu erdroffeln. Wenn es unter dem Vorwande des "gleichen Maßes" für Unternehmer und Arbeiter geschehen kann, so greift die Bourgeoisie zu oder läßt sich's schmunzeln gefallen. Nur der geschlossene, rücksichtslose Widerstand des Proletariats, das dem Bürgertum die Gefährlichkeit der Koalitionseutrechtung taktisch geschickt einpflanzen muß, kann das Ärgste verhüten.

Aus Samoa. Zur Richtigmachung der vielfachen Meldungen über angebliche Konflikte zwischen den Deutschen und fremden Marinevertretern vor Samoa veröffentlicht die "Nordb. Allgem. Bzg." Stellen aus den bis zum 23. März reichenden schriftlichen Berichten des Kommandanten des Kreuzers "Falke". Korvettenkapitän Schönbauer berichtet:

Ueber die Verhältnisse des Offizierkorps und der Besatzung des "Falke" zu den Engländern und Amerikanern sind die schlimmsten Gerüchte verbreitet. Gerade einige Punkte werden nicht mäßig, durch Schüren solcher Gerüchte eine Verheerung zwischen Offizieren und Mannschaften herbeizuführen. Hauptgegenstand ist das Verhältnis zwischen Kommandanten und Offizieren ein durchaus hässliches und entgegengesetztes. Trotz des angelegentlichst Wachblines behelligen sich Kapitän Sturdee beim Begrüßung des Obermatrosen Viehl mit einer Deputation von einem Offizier und 16 Mann. Admiral Kauz hätte die Flagge und Schiff halstodt. Streitsigkeiten zwischen deutschen Mannschaften und den Engländern und Amerikanern sind nicht vorgefallen. Bei einem gelegentlichen Zusammenkunft waren die militärischen Angehörigen der drei Nationen über die herrschenden Gerüchte empört. Auch bei gelegentlichen Zusammenkünften des Kommandanten und der Offiziere des "Falke" mit den englischen und amerikanischen Offizieren und den Konjunktur wurden die gesellschaftlichen Formen durchaus gewahrt. Am 15. März mittags 1 Uhr begannen die "Philadelphias", "Porpoise" und der "Royalist" die Befreiung der Mataafale in ihren Stellungen rings um Apia. Eine der ersten Granaten schlug in das deutsche Konjunktur ein, das ohne Benachrichtigung geblieben und noch bewohnt war. Ich sandte sofort einen Offizier zu Admiral Kauz mit der Mitteilung, daß das deutsche Konjunktur nicht geräumt sei und daß seine Geschosse dort eingeschlagen hätten und daß ich das Feuer über Apia weg einzustellen, bis die Deutschen in Sicherheit wären. Admiral Kauz sagte dem betreffenden Offizier, daß er auf meine Angabe hin nicht mehr über Apia wegziehen werde. Am nächsten Tage sandte er einen Flaggenkapitän zu mir und brachte sein Bedauern über den Vorfall aus. Am 16. März traf Admiral Kauz Anordnungen, daß Offiziere und Mannschaften in Uniform stets ungehindert passieren können. Die amerikanischen Posten verhalten sich durchaus entgegenkommend.

Aus diesem Bericht geht hervor, daß unsere alldeutschen Wasserpatronen stark übertrieben und daß auch die Depeschen des Reuter'schen Bureau die Wahrheit vielfach auf den Kopf gestellt haben.

Die vorjährigen sog. Maitrawalle in Erfurt haben nicht nur den v. elbesprochenen Redeschen Schießereivergangenheit, sondern jetzt auch noch zu einem Konflikt zwischen den städtischen Behörden und dem neuen Regierungspräsidenten geführt. Bald nach der gerichtlichen Verhandlung über die Maitrawalle, erließ Minister v. d. Rede zur Ergänzung seines Schießereivergangenheits an den damaligen Erfurter Regierungspräsidenten von Brauchitsch die Aufforderung, die Stadtbehörden von Erfurt zu veranlassen, die Polizeibeamten mit Revolvern zu bewaffnen. Die Verhandlungen darüber zogen sich in die Länge, bis der neue Regierungspräsident v. Dewitz auf Erfüllung des ministeriellen Befehls drang. Die Stadtverordneten lehnten aber die Vorlage des Magistrats auf Anschaffung von 12 Revolvern ab und nun dringt der Regierungspräsident auf Ankauf von 25

Feuerwaffen für die Polizei mit der Androhung, daß er gemäß § 19 des Zuständigkeitsgesetzes die Beschaffung der Revolver verfügen werde, falls die Stadtverordneten auf ihrem ablehnenden Beschlusse verharren sollten. Das Kollegium soll nach der "Nordb. Bzg." entschlossen sein, gegen die angeordnete Verfügung des Regierungspräsidenten den Befehlswegweg zu beschreiten. — Von besonderer Rücksichtnahme auf die kommunale Selbstverwaltung zeugt das Vorgehen des neuen Regierungspräsidenten gerade nicht.

Ueber die politische Lage hat sich der erste Lord der englischen Admiralität, Goshen, am Mittwoch in London auf dem Mittagstisch der "Institution of mechanical Engineers" ausgesprochen. Er erklärte, daß in diesem Augenblick vom politischen Horizont alle drohenden Wetterwolken geschwunden seien. "Was Rußland betrifft", führte der Redner aus, "so denke ich, daß wir mit diesem zu einem freundschaftlichen Vergleich gelangt sind, mit Deutschland haben wir ein freundschaftliches Abkommen abgeschlossen und mit Frankreich konnten wir, ohne hier noch wort die nationalen Gefühle zu verletzen, über eine höchst delikate und schwierig Frage eine vollständige Verständigung erreichen."

Nachträglicher von der Anti-Anarchistenkonferenz. Die Regierungen, die an der Konferenz zur Bekämpfung des Anarchismus teilgenommen, hatten sich bereit erklärt, die Beschlüsse, die die internationale Ueberwachung bekannter Anarchisten und anarchistischer Vereinigungen betreffen, mit dem 15. Mai 1899 in Kraft treten zu lassen. Es kam hierbei hauptsächlich in Frage, in welcher Art der regelmäßige Austausch der gemachten Beobachtungen vorgenommen werden sollte; ferner in welcher Weise eine möglichst gleichmäßige Unterweisung der Ueberwachungsbeamten in den einzelnen Ländern durchzuführen sei. Die italienische Regierung hatte es übernommen, hierfür Normalbestimmungen auszuarbeiten und diese den übrigen Regierungen rechtzeitig zu unterbreiten, damit im Mai die entsprechende Ueberwachungstätigkeit beginnen könne. Derartige Verhandlungen haben nun auch, wie die "Intern. Corresp." aus Rom berichtet, während der letzten Wochen zwischen den beteiligten Regierungen stattgefunden, sobald das Inkrafttreten eines gemeinsamen Reglements im nächsten Monat wohl erfolgen dürfte. — In wenigen Wochen wird also die staunende Welt erfahren, was die Polizeisten auf der berüchtigten Konferenz ausgeheckt haben. Viel wird es nicht sein; höchstens neue Chikanen.

Kleine politische Nachrichten. Die Jubalibengesetzkommission nahm am Dienstag noch, wie wir ergänzend mittheilen wollen, einen Antrag Molkenbührer an, der vor § 131 eine Bestimmung einfügt, wonach die Versicherungsanstalten besetzt sein sollen, Schutzwörterlisten gegen gesundheitsgefährliche Einflüsse zu erlassen. Eine Erhellung einer solchen Bestimmung für die Krankenkassen wurde abgelehnt. Einstimmig angenommen wurde eine Resolution, die die Ausdehnung der Krankenversicherung auf 24 Wochen verlangt. — Die Ausschmückungs-Kommission des Reichstages verwarf endgültig den Gedanken von einer "die Jagd nach dem Wild". Die Abweisung der Gelegenheit mit dem Anstiller soll in entgegenkommender Weise durchgeführt werden. — Die erste Kommission des Reichstages trat Mittwoch Vormittag in die zweite Lesung der sogenannten Iox-Dezette ein. Die §§ 180 und 181 (Ruppel) wurden debattelos genehmigt. § 181 a (Inhaltserparagraf) wurde nach Ablehnung der Vorträge Bebel in der Fassung erster Lesung mit 18 gegen 2 Stimmen angenommen. § 181 b war in erster Lesung gestrichen worden. Bebel und Bebel haben neue Vorschläge gestellt. Vor der Abstimmung wurde die Sitzung vertagt. — In der Mittwoch-Sitzung der Petitionskommission des Reichstages wurde u. a. ein Gesuch des Redakteurs Dr. Wagner und Genossen um Abänderung der Bestimmung wegen Gebrauches der Schusswaffen durch Militärposten behandelt. Von der Militärverwaltung wurde dazu folgende Erklärung abgegeben: 1. Die Fälle hätten abgenommen, 2. sei für die Posten eine neue Konstruktion ausgearbeitet, 3. seien die Fälle, in denen von der Schusswaffe Gebrauch zu machen ist, eingeschränkt, 4. sei die Zahl der Posten, welche scharfe Patronen erhalten, verringert worden, und 5. sollen die Militärgefangenen möglichst in geschlossenen Wagen transportiert werden. Hieraus beschloß die Kommission, dem Reichstage den Uebergang zur Tagesordnung zu empfehlen. — Zur Prägelaufgabe im katholischen St. Josef-Waisenhaus in Potsdam theilt die "Volksztg." noch mit, daß die Schwester Carola zweimal nach Berlin gereist sei, um den Vormund des Knaben, Tischlermeister Wäger, zur Zurücknahme des Strafantrages zu bewegen. Als dies vergebens gewesen sei, habe der evangelische Pastor Krummacher von der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche dem Vormund für die Zurücknahme des Strafantrages 300 Mark in Bar geboten, die im Interesse des Knaben angelegt werden sollten. Auch dies habe der Vormund zurückgewiesen. — Die Post-Kommission des Reichstages berieht Donnerstag den Zeitungstarif; dazu waren mehrere Vorschläge eingebracht. Der Antrag Dabach auf Einsetzung einer Sub-Kommission zur Vorbereitung des Zeitungstarifs wurde abgelehnt. Die Weiterberatung findet Freitag statt. — Die Reichstagskommission für das Flaggenrecht der Kauffahrteischiffe nahm einstimmig den Gesetzentwurf mit der Aenderung an, daß den Rheibern unter gewissen Voraussetzungen die Wahl des Registerrechts gegeben werden soll. — Der Bundesrat stimmte am Donnerstag dem Gesetzentwurf, betr. die Gebühren für die Benutzung des Nord-Ostsee-Kanals einem Nachtragsantrag Freybens, betr. die Ausschließung des Vorseereses vom 22. Juni 1898 und dem Entwurf einer Verordnung zur Ausführung des Patentgesetzes vom 7. April 1891 zu. — Der bayerische Senat beim obersten Militärgericht soll nach der "Volksztg." schon im Mai 1900 eingekerkert werden. — Die Kommission des Reichstages für die Iox-Dezette beschäftigte sich auch noch während der ganzen Sitzung am Donnerstag mit dem § 181 b (Mietparagrafen). Mit 11 gegen 10 Stimmen ist der Paragraph gestrichen worden. — Wegen Bundesverrats ist, wie das Generalkommando des II. Armeekorps zur Demontierung der Nachricht von einer Ueberführung eines Unteroffiziers Albrecht nach Spandau dem "Schneidmüller Tagbl." schreibt, weder ein Feldwebel Albrecht vom 129. Regiment, noch überhaupt ein Feldwebel oder Unteroffizier von einem Truppenteile des II. Armeekorps verhaftet und nach Spandau überführt worden. (Bekanntlich handelt es sich um einen Militärinvaliden gleichen Namens: Red. d. B. Z.) — Bei einer Schießübung in Oppeln ist bekanntlich ein Gefeiter des 63. Regiments erschossen worden. Wie nachträglich gemeldet wird, war er beim Auflegen der Schäfte zu früh aus der Deckung herausgetreten. — Ein sonderbares Stück erzählt das "B. Z." von der Prentz-

ichen Eisenbahnverwaltung. Diese hätte für ihre Bahnhöfe ein Plakat des bekannten Malers Ludwig v. Hofmann für die Wackelung der Segelung als "Racktheit" beantragt. Das Bild stellt in soniger Landhaft ein junges rosenblühendes Weib mit freiem Oberkörper dar und soll durchaus bezaubernd sein. Die Segelung muß für die Bahnhöfe eigens ein Schriftplakat anfertigen lassen. — Reichslandische Ausweisung. Chronik. In den letzten Tagen sind wiederum sechs fremde Staatsangehörige durch Beschluß der Bezirkspräsidenten zu Straßburg und Metz aus dem Gebiete des Deutschen Reiches ausgewiesen worden. Drei davon sind französischer, zwei italienischer, einer Schweizerischer Nationalität. Dem Verne nach sind die Mehrzahl der Betroffenen Tagewerter und Erdarbeiter; doch finden wir auch einen Dienstherrn (Schweizer) und einen Schauspieler (Franzose). — Aus Schwäbisch-Hall, den 26. April melbet der Stuttgarter "Beobachter": Walter Faulhaber hat den Kurs der "Haller Industrie" angeeignet. Das Defizit soll gegen 900 000 Mk. betragen. Eine ganze Reihe von Gesellschaften sowie verschiedene bekannte Konservefabrik und "nationale" Großindustriellen und viele Privats werden dadurch in ihren Vermögensverhältnissen schwer in Mitleidenschaft gezogen. (Die Haller Industrie bestand aus einer Drahtflechterei und der Buchhandlung für innere Missionen. Gegenüber 200 000 Mark Aktien sind einer späteren Mitteilung zufolge 800 000 Mk. Passiva angemeldet.) Gegen Faulhaber herrscht erklärliche Entrüstung. — Der konfessionelle Wegleger, aus Prag wird gemeldet: Das Mahfest von Josefeggers "Veimgarten" wurde wegen einer nach dem Evangelium verfaßten Studie: "Wie ich mir die Verantwortlichkeit Jesu denke" konfiszirt. — Antipolitisch aus Rußland. In Warschau haben in den letzten Tagen in den Redaktionen der politischen Blätter und in den Privatwohnungen hervorragender Polen zahlreiche sehr strenge Haussuchungen stattgefunden. Am 24. April erfolgte eine Reihe Verhaftungen. — Neue russische "Bachlungen". Wie aus Peking gemeldet wird, hat Rußland von Korea die Häfen Hsian, Jangchinpo und Raugwon auf 99 Jahre gepachtet. — Ueber ein Revolverattentat in der brasilianischen Deputiertenkammer wird aus Rio de Janeiro berichtet. Darnach hat der Deputierte Bezerra in dem Augenblicke, als der Deputierte Soares den Sprechsaal der Kammer betrat, auf denselben geschossen und ihn schwer verletzt.

Schweiz.

Lucheni, der Mörder der Kaiserin Elisabeth von Oesterreich, ist im Zuchthause abermals einem Verhör unterzogen worden. Aus Genf wird darüber berichtet: Die Gerichtsbehörde in Zara in Dalmatien hatte an die hiesige Gerichtsbehörde das Ersuchen gerichtet, Lucheni Erklärungen eines in Zara in Haft befindlichen anarchistischen Bergmannes, Namens Bracia, mitzutheilen. Bracia sagte aus, er habe zusammen mit Lucheni gearbeitet und habe ihn mehrfach Drohungen gegen gekrönte Häupter ausgestoßen hören. Infolge dieses Ansuchens wurde Lucheni von dem Untersuchungsrichter Beschet vernommen. Lucheni erklärte, er habe niemals in einem Bergwerke gearbeitet. Dagegen blieb er bei seiner früheren Behauptung, zwei andere Anarchisten, die er nicht kenne, hätten sich am Tage des Attentats auf dem Bahnhof mit Revolvern bewaffnet befunden, um der Kaiserin Elisabeth aufzulauern. — Ein anderer Punkt hat jetzt seine Klärung gefunden. Man sprach lange Zeit von einem unbekanntem Greise, der Lucheni am Tage des Verbrechens folgte. Es ist dies ein harmloser Handelsmann gewesen, der zufällig auf dem Quai Mont-Blanc neben dem Mörder stand. Er hatte sich später nicht mehr melden wollen, um Aufsehen und Verhöre zu vermeiden.

Belgien.

Die Liga zur Erkämpfung des allgemeinen Wahlrechts hielt Dienstag Abend ihre erste Versammlung ab. Neben waren der radikale Lorand, Genosse Vandervelde, der christliche Demokrat Abbé Daens und der gemäßigt liberale Strauß.

Frankreich.

Von der Dreifusaffäre. Der Kassationshof hat beschlossen, nachdem er die Generale Roget und Gouze sowie Bertulus getrennt vernommen, die Benannten nicht einander gegenüberzustellen, die Ergänzungsuntersuchung jedoch im Allgemeinen weiterzuführen. Die Ergänzungsuntersuchung des Kassationshofes wird zur Folge haben, daß das Endurtheil nicht vor dem 1. Juni gefällt werden kann. — Nach dem "Temps" dürfte Du Path de Clam bereits Sonnabend vor dem Kassationshof erscheinen. Du Path läßt gegenüber den Aussagen des Hauptmanns Guignet sowie des Generals Roget neuerdings versichern, daß alle seine Schritte 1894 gegen Dreifus, sowie 1897 für Esterhazy auf Befehl seiner Vorgesezten erfolgten, insbesondere des Generals Gouze. — Mittwoch Abend waren in Paris zwei Versammlungen veranstaltet worden, die eine von Anhängern der Revision des Dreifus-Prozesses, die andere von der Liga "La patrie française". Nach Schluß der Versammlungen kam es zum Handgemein zwischen beiden Parteien. Einige Personen wurden verletzt.

Amerika.

Die Folgen der Sektrede. Das Marine-Departement in Washington erließ folgende Erklärung: Kapitän Coghlan antwortete dem Departement, daß die Blätter seine Worte nicht in voller Genauigkeit wiedergegeben hätten. Er hätte weder eine Unerschreiblichkeit gegen die deutsche Flagge, noch irgend eine Mißachtung beabsichtigt. Er bedauere auf das Tiefste, daß seine Aeußerungen derartig ausgelegt worden seien. Coghlan wird einen Verweis erhalten, und die Angelegenheit damit gebührend erledigt werden.

Philippinen.

Ein entscheidender Kampf. Dem New-Yorker "Evening Journal" wird aus Manila gemeldet: Die Blüthe von Aguinaldo's Armee wurde bei Calumpit vernichtet. 6000 Amerikaner waren im Treffen. Die Insurgenten empfangen die Vorhut der Amerikaner mit heftigen Feuer. Der größere Theil von

Aginaldo's Armee war in der Stadt und in den Gräben. Die südlichen Verteidigungswerke, eine Meile südlich der Stadt, wurden zuerst genommen. Die Amerikaner entfalteten sich zu einer langen Angriffslinie vor der Stadt, allmählich verdichtete sich die Linie und unterhielt ein heftiges Feuer auf die Gräben und die unmittelbaren Verschanzungen. Es war ein Feuer auf kurze Entfernung und die Insurgenten wurden zurückgedrängt. Die Kanonen der Ushbatterie schossen Brechen in die Verschanzungen der Gräben und trieben die „Rebellen“ unter großem Gemetzel hinaus. Die Infanteristen griffen dann die „Rebellen“ an, die Stand hielten, solange sie konnten, und dann flohen. Als die Amerikaner einzogen, verbreiteten sich die von den Rebellen angezündete Feuer sehr schnell. Ihre Toten lagen an manchen Stellen in zwei, drei Schichten aufeinander. Die Gräben waren voll von Toten. Die Amerikaner, obwohl erschöpft, verfolgten die Gegner bis zu den Bergen. — Die Philippiner appellarnten an Japan um Hilfe und Vermittelung bei den Vereinigten Staaten.

Nicaragua.

Ueber ein verübtetes Attentat auf den Präsidenten Belosa von Nicaragua wird gemeldet: Im Theater zu Bluefields wurde am 20. d. M. ein verzweifelter Versuch gemacht, den Präsidenten von Nicaragua, Senor Belosa, zu ermorden. Der Präsident wohnte der Vorstellung einer Oper bei und war von seiner üblichen Leibwache umgeben. Die Verschwörer, in Abendtoilette, versammelten sich im Korridor in der Nähe der Loge des Präsidenten und wanderten dort bis zur Mitte des zweiten Aktes umher. Als dann näherten sich zwei derselben der Loge und versicherten der Wache, daß sie Freunde des Präsidenten seien, den sie zu besuchen wünschten, und traten ein. Der Präsident, der die Absicht der Besucher witterte, sprang von seinem Sessel auf und trat ihnen entgegen. Die Damen in der Loge erhoben ein Hilfeschrei, worauf die Wache eintret, der die übrigen Verschwörer folgten. Die zwei, die zuerst eingetreten, zogen ihre Dolche und griffen den Präsidenten an, der sich mit einem Stuhle verteidigte. In dem Ringen wurden zwei Mann der Wache zu Boden geschleudert, aber da andere erschienen, ergriffen die Verschwörer die Flucht unter Zurücklassung eines der ihrigen, den der Präsident durch einen Schlag mit dem Stuhle verletzt hatte und der bewußlos dalag. Die Zuschauer im Theater jubelten den Präsidenten, und nachdem die Ordnung wieder hergestellt worden war, nahm die Vorstellung ihren Fortgang.

Lübeck und Nachbargebiete.

28. April.

Ernennung. Der Senat hat im Einvernehmen mit den Senaten zu Bremen und Hamburg auf Grund des früher abgeschlossenen Vertrages wegen Errichtung einer gemeinsamen Anstalt für die Invaliditäts- und Altersversicherung den Gerichtsbeisitzer **A. G. W. Helling** aus Welle zum dritten Mitgliede des Vorstandes der hanseatischen Versicherungsanstalt ernannt und demselben den Titel „Rath der Hanseatischen Versicherungsanstalt“ beigelegt.

Der Dicker am Högertthor ist seit gestern Nachmittag völlig mit Wasser gefüllt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inserieren, zu veranlassen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Lüchtige Malergehilfen sucht
Gust. Behneke, Catharinenstraße 9.

Gesucht ein tüchtiger Schuhmacherselle
Braner, Meierstraße 36.

Ein guterh. schwarzes Damen-Jackett
billig zu verkaufen
Glockengießerstraße 67, im Laden.

Eine Bude zu verkaufen,
enthaltend 2 Wohnungen
Rosenstraße 17/18.

Kaninchen zu verkaufen
Stegelstraße 40.

Ein Kinderwagen u. eine Nähmaschine
billig zu verkaufen
Kafenstraße 20a.

Zu verk. ein Haus auf dem Lande, Bahnstation nahe bei Lübeck, passend für Tischler oder auch für Fabrikant. Offerten unter **F W** an die Exped. d. Bl. erb.

Gesunden auf dem Ball der Maurer Lübecks am 19. März eine Brosche. Abzuholen
Länkenhagen 30, 2. Et.

R. Schmidt, Schuhmacher,
wohnt jetzt
Wickedestrass 32.

Gebrannten Caffee
kräftig u. von vorzügl. reinem Geschm. Pfd. 80 Pf.
kräftig und hochsein von Aroma Pfd. 100 Pf.
Joh. Nagel, Engelsgrube 51.

Zur Mairfeier.

Das Polizeiamt hat dem Festkomitee die Mitteilung gemacht, daß es am Morgen des 1. Mai zum Schutze der Personen, welche zu arbeiten gewillt sind, besondere Maßnahmen treffen wird. Dem Komitee ist zur Pflicht gemacht, nach Möglichkeit dahin zu wirken, daß diejenigen, welche am 1. Mai in den Fabriken arbeiten wollen, durch die Feiern am Eingange der Fabriken nicht kontrolliert oder belästigt werden. Hände dies Fall, so hätte das Polizeiamt beabsichtigt, in künftigen Jahren den Auszug nicht mehr zu gestatten. Bei den Fabriken würden am 1. Mai Posten aufgestellt werden, welche den Auszug hätten, unbedingt Jedem zu verweigern, der sich dort zu oben genannten Zwecke einstellen würde.

Wir geben hierdurch der Arbeiterschaft Kenntnis von den Maßregeln des Polizeiamts, indem wir gleichzeitig bemerken, daß unseres Wissens nirgends die Absicht beabsichtigt hat oder beabsichtigt, auf Arbeitswillige einzuwirken. Wir würden es für eine Thorheit erachten, wollte Jemand noch in letzter Stunde in dieser Form für die Arbeiterschaft agieren. Wer heute noch nicht weiß, was er zu thun und zu lassen hat, dem ist nicht zu helfen. Wir sind daher überzeugt, daß die Polizei sich unnötige Arbeit macht. Doch das kann uns gleich bleiben. Die organisierten Arbeiter werden, wie bisher stets, durch strenge Disziplin und musterhafte Ordnung beweisen, daß sie selbst Polizei über sich sind. Es wird nicht das Geringste versäumt, was zu berechtigten Beschwerden Anlaß geben könnte. Wenn wir daher den Wunsch der Behörde veröffentlichen, so geschieht das, um jeden Schein zu meiden, als wäre überhaupt irgend etwas Besonderes geplant.

Lübeck's Arbeiterschaft ist durch jahrelange organisatorische Thätigkeit so gut gekühlt, daß wir uns unbedenklich auf sie verlassen können.
Wir wissen, daß ihre Maidemonstration eine großartige, daß sie vorbildlich werden wird für diejenigen Arbeiter, die noch zweifeln an der eigenen Kraft und Bedeutung, daß sie den bagastischen Mut einflößen und die Indifferenten aufkütteln wird. Wir wissen, daß das heutige Mairfest die Organisationen stärkt und festigt wird, indem es ihre Größe und ihren Einfluß der Mitwelt klarlegt.

Deshalb erwarten wir auch, daß alle Feiern schon am Morgen auf dem Posten sind. Nicht vor den Fabriken wird die Behörde die Demonstranten finden, sondern im

Zirkus Reuterfrug.

Zwei neue Wirtschaften hat mit Rücksicht auf den Bahnbau Lübeck-Schlutup die Rekursbehörde in Schlutup konzessionirt.

Die Rothlauffenche ist unter den Schweinen des Hauswirts Behnke in Menzendorf ausgebrochen.

Große Entrüstung herrscht unter den im benachbarten Fürstenthum Hageburg wohnenden, in Lübeck arbeitenden Radfahrern. Sie sollen Steuer zahlen und werden, da sie zum großen Theil über Wesele kommen, die geplanten und immer noch nicht gebauten Wege garnicht benutzen. Sie wollen es mit einer persönlichen Beschwerde bei der Schönberger Landvoigtei versuchen. Es wäre vielleicht praktisch, wenn diese Frage — vielleicht auf Vereinskosten — gerichtlich bis zur letzten Instanz gebracht würde.

Germanischer Lloyd. Nach den Listen des Germa-

nischen Lloyd sind in der Zeit vom 9. bis 15. April 1899 folgende Beschäden gemeldet worden: Totalverluste 26, davon 7 Dampfer und 19 Segelschiffe, 168 Beschädigungen, davon 63 Dampfer und 66 Segelschiffe, zusammen 184.

Jadenburg. Die Jadenburger Liedertafel veranstaltet am Montag, den 1. Mai, Morgens früh 8 Uhr, einen Ausflug mit Musik nach Eckhorst-Steinrade. Der Abmarsch erfolgt vom Lokale des Herrn L. Baetau. Die Karte kostet 20 Pf. Hoffentlich theiligen sich die Mitglieder und deren Angehörige recht zahlreich.

Renfels. Volksversammlung. Am Sonntag Abend um 8 Uhr wird Genosse Bartels. Lübeck in Sternberg's Lokal in Renfels sprechen über: „Der Achstundentag und die Bedeutung des 1. Mai.“ Mögen die Arbeiter für einen starken Besuch Sorge tragen.

Oldesloe. Bahnhofsba. Da die königliche Eisenbahndirektion zu Altona den mit der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft abgeschlossenen Vertrag in betreff des hiesigen Bahnhofs mit dreijähriger Frist gekündigt hat, so sind alle geplanten Umbauten bis auf weiteres sistirt worden, und es wird wahrscheinlich von der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft die Errichtung eines neuen Empfangsgebäudes nebst Güterschuppen in's Auge gefaßt werden.

Reudersburg. Lebendig verbrannt ist in der Nachbarschaft Aschffel das 6jährige Töchterchen eines dortigen Räthners. Die Kleine sollte die zum Abendbrod bestimmte Grube umrühren. Hierbei kam das Mädchen mit seiner Schürze dem Feuer zu nahe — und im Nu brannte auch die übrige Kleidung. Das Kind trug so entsetzliche Brandwunden davon, daß es nach einiger Zeit durch den Tod von seinen schrecklichen Qualen erlöst wurde.

Briefkasten.

Anfragen, bei welchen Name und Adresse des Fragenden fehlen werden nicht beantwortet.

A. M. Das ist fraglich und muß wohl erst durch richterliches Erkenntnis festgestellt werden. U. E. hat der Staat nicht das Recht.

Mairfeier. Nachmalige Probe sämtlicher Arbeiter-Liedertafeln am Sonnabend.

Quittung.

Jähr die Kreselder Weber gaben fernert ein:

Vom Hafen	RI.	1,70
Durch H. B.	"	0,55
Bereits quittirt	"	587,71
	Summa	RI. 589,96

Weitere Gaben nimmt gern entgegen
Expedition des „Lübecker Volksboten.“
Johannisstraße Nr. 50.

Steruschanz-Bichwart.

Hamburg, 27. April.
Der Schweinehandel verlief mittelmäßig.
Zugesührt wurden 930 Stüd. Preise: Versandtschweine, schwere 45—46 Mt., leichte 44—47 $\frac{1}{2}$ Mt., Sauen 39—42 Mt. und Ferkel 45—47 Mt. pr. 100 Pfd.

Große Auswahl in sehr guten gebr. Fahrrädern v. 40—120 M., darunter 3 feine Halbbrenner und mehr Damenräder. Keine Räder, nur allererste deutsche Marken, weitgeh. Garantie, sehr billig.
O. Stürzner, Johannisstraße 33.

Prima dän. Rindfleisch
wird heute und morgen im Markthallenstand 25 und Königstraße 121 billig ausverkauft.
L. Petersen.

Pa. hiefiges Schweinef. Pfd. 55 Pfg.
" Kalbfleisch Pfd. 35 Pfg.
" hiefige Flohmen Pfd. 60 Pfg.
" " fetten und mageren Sped Pfd. 70 Pfg.
" Queenfleisch Pfd. 50 Pfg.
" gelochte Wurst Pfd. 60 Pfg.
" geräucherte Wurst Pfd. 70 Pfg.
W. Strohhfeldt
Glockengießerstraße 73.

Empfehle:
Prima fr. dänisches Rindfleisch
Sonnabend Morgen und Abend in der Markthalle, St. 84 u. 85. **F. Block.**

Der Wahre Jacob
No. 9
Mai-Nummer
ist soeben erschienen und jedem Parteigenossen zu empfehlen.
Expedition des Lübecker Volksboten.

Rich. Drott
Colonial- und Fettwaaren-Handlung
Taback und Cigarren
Kartoffeln und Brennmaterialien
Lübeck
Schühenstraße 47a, Vorstadt St. Lorenz.
Prompte Bedienung. — Solide Preise.

Zur Mairfeier
empfehle mein Lager von guten
Cigarren und Cigarretten.
M. Nittscher
Glockengießerstraße 31.

Große Auswahl
in
Kinderwagen
die neuesten und geschmackvollsten Muster, empfiehlt zu
fabellhaft billigen Preisen.
Haus
Café Central. **H. Gröper**
Mengstraße 18.

Prima Salzgurken
Stück 5 und 8 Pfg.
Gr. Gröpelgrube 55. **G. Kamann.**
f. Meiereibutter
empfehle
H. L. Wiegels, vorm. J. C. Bunge,
Fischergrube 61.

Nach neuester Methode
geröstete Caffee's
per Pfd. 80, 100, 120, 140 und 160 Pfg.
alle Sorten
herborragend im Geschm. empfindet stets frisch
Ferd. Schreiber
20 Langer Lohberg 20.

Achtung!
Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands
(Hauptstelle Lübeck.)
Versammlung der Mitglieder zur Mairfeier am Montag den 1. Mai, Nachmittags 1 Uhr bei F. Lecke, Federstraße 3. Abmarsch nach dem Burgfeld präcise 1 $\frac{1}{4}$ Uhr. Jedes Mitglied muß hierzu im Versammlungslokal erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Achtung Holzarbeiter!
Laut Versammlungsbeschuß ist der 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. Die Feiernenden wollen sich Morgens vor Beginn der Versammlung von 8 $\frac{1}{2}$ Uhr an im Circus Reuterfrug bei den anwesenden Vorstandsmitgliedern zwecks Kontrolle in die Listen einzeichnen lassen.
Abmarsch zum Ausflug Mittags präcise 1 $\frac{1}{4}$ Uhr von der Herberge.
Um Theilnehmung sämtlicher Kollegen ersucht
Die Lokalverwaltung.

Mai-Feier 1899

Montag den 1. Mai:

Morgens 9 Uhr: **Versammlung im Reuterkrug**, eingeleitet durch Musik- u. Gesangvorträge, Referent: Redacteur **Otto Stolten-Hamburg**. Nachmittags: **Ausflug sämtlicher Gewerkschaften und Vereine** mit Fahnen und Bannern und unter Begleitung von 4 Musikkapellen nach **Israelsdorf**. Aufstellung der verschiedenen Gewerkschaften und Vereine von Nachmittags 1—2 Uhr auf dem Burgfeld. **Abmarsch** von dort präcise 2 Uhr nach dem Locale des Herrn **Muuss** in Israelsdorf. Nach Ankunft dortselbst: **Ausprache** des Genossen **Theod. Schwartz**. Musik- u. Gesangvorträge. Hierauf: **Concert** auf dem Festplatze bis 7 1/2 Uhr Abends. **Rückmarsch** um 8 Uhr mit Musik nach dem Burgfelde, woselbst Auflösung des Zuges.

Karten à 20 Pfg. sind bei **U. Stolle**, Johannisstraße 50; **C. Wittfoot**, Hitzstraße 18; **G. Kähler**, Böttcherstraße 18; **W. Menschel**, Untertrave 53; **G. Meyer**, Sadowastrasse 10, **F. Decke**, Lederstraße 3, und in der Expedition des „**Libeder Volksbote**“, Johannisstraße 50, zu haben.

Die Karten sind sichtbar zu tragen.

Um recht rege Betheiligung ersucht

Das Comité.

Arzt bei **F. Muuss**.

Herren- u. Knaben-Hüte u. Mützen
sowie **Shlipse, Rosentücher und Stroh-Hüte**
besonders billig.
Kupferschmiedestraße 15. C. H. Wessel.

Cigarren In vorzüglicher Qualität
empfehlst
Hugo Schwarz, Radenbg. Allee 1.

Frische Holst. Landeier, 25 Stück 1,20 Mk.
Allerfeinste Meiereibutter Pfd. 1,05 Mk.
Allerfeinste Hofbutter Pfd. 1,00 Mk.
Witello-Margarine Pfd. 70 Pfg.,
bester Ersatz für Meiereibutter.

Breitestr. 60a C. Harz Sandstraße 27

Traben-Dampfschiffahrt.

Zur Maifeier 1899.
Abfahrt **Traben-Bavillon** 2.15, 3.45, 5.15, 7.30 Nachm. Abfahrt **Strandfähre** 10 Min. später.
Abfahrt **Israelsdorf** 3.00, 4.30, 6.30, 8.30 Nachm.

Achtung!
Central-Verband der Maurer.

Versammlung der Mitglieder zur Maifeier von 12 1/2—1 Uhr im Vereinshaus, Johannisstr. 50. Abmarsch präcise 1 Uhr.
Die örtliche Verwaltung.

Werftarbeiterverband

Am Montag den 1. Mai Versammlung im Verbandslocal bei Spahrman, Hundestraße. Abmarsch 1 Uhr Nachmittags. Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.
Der Vorstand.

Achtung Hafenarbeiter

Versammlung zum Ausflug am 1. Mai um 1 Uhr Mittags im Vereinshaus. Abmarsch nach dem Burgfeld präcise 1 1/4 Uhr. Um recht zahlreiche Betheiligung ersucht
Der Generalbevollmächtigte.

Achtung!
Bauarbeiter!

Versammlung der Mitglieder zur Maifeier am Montag 12 1/2 Uhr im Vereinshaus. Abmarsch nach dem Burgfeld präc. 1 Uhr.
Die Ortsverwaltung.

TIVOLI.

Sonntag den 30. April 1899:
Große Doppel-Vorstellung f. einen Preis.
3. u. letzte Ensemble-Gastspiel-Vorstellung.
Am vorigen Sonntag ungeheurer Beifall.
Neu! Zum 1. Male! Neu!
Bunte Blätter

oder
Die Wogen des Lebens
Große Posse mit Gesang und Tanz in 4 Akt.
Vorher:

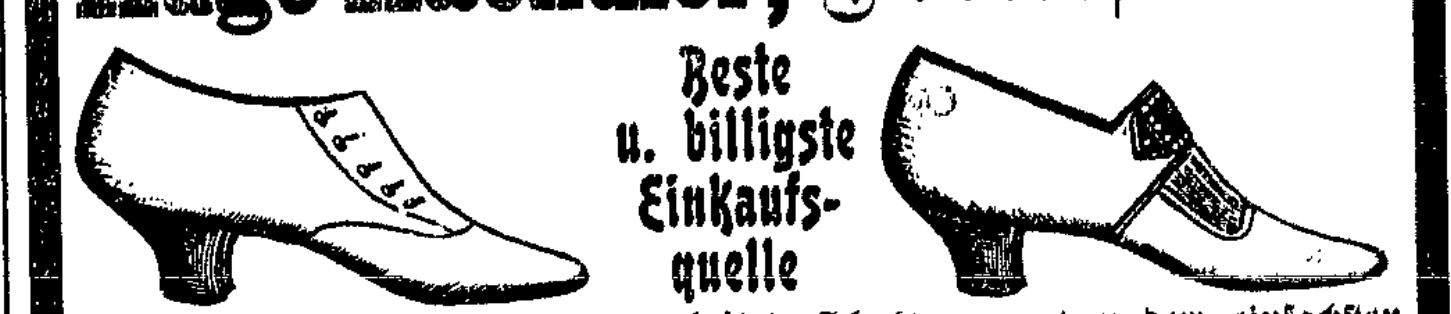
Am Sterbetage der Mutter
Siederspiel in 1 Aufzuge.
Preise der Plätze wie gewöhnlich.
Vorverkauf im „**Tivoli**“ Sonntag von 11 bis 2 Uhr und von 5 1/2 Uhr an.
Kasseneröffnung 5 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.

Zur Maifeier

empfehle meine vorzüglich gearbeiteten und taubellos sitzenden **Anzüge, Paletots, Hosen** in feinen modernen Stoffen, sowie eine reichhaltige Auswahl in **Kinder-Anzügen** zu billigen Preisen.

Johs. Klempau, Mühlenstraße 32, Ecke Kapitelstraße.

Schuhwaaren-Verkaufshaus Hugo Haendler, Breitestr. 51.



Beste u. billigste Einkaufsquelle
für gediegene und dauerhaft gearbeitete Schuhwaaren von dem einfachsten bis zum elegantesten Genre.
Kinder-Knopfstiefel 1,25
Damen-Lastingschuhe 1,40
Damen-Lederschuhe 2,35
Damen-Spangenschuhe 3,00
Damen-Lasting-Zugstiefel 2,75
Herren-Rosslederschuhe 3,80
Herren-Rosslederstiefel 3,90
" " gewalzt 4,50
Nur Hand-Arbeit.
Nur Kern-Leder.
in eigener Werkstatt
Reparaturen
Geren-Sohlen
und Abfüße 1,75 grt.
Sommer-Sohlen
und Abfüße 1,25 grt.

Vorzügliche **Caffee's** von 0,80 bis 1,60 Mk. empfiehlt **Gustav Glöde** Kapfenstr. 20, Ecke Leichter

Vollsaftigen Schweizerkäse 60, 70 u. 80 Pfg.
Holländischen Käse 80—100 Pfg.
Gilfiter Käse 40, 50, 60 und 80 Pfg.
Guter Limburger Stück 35, 50 und 70 Pfg.
Butterhandlung „Zur Krone“
Markt 9. Breitestraße 70.

Los von Rom!

Aus Wien wird der „Leipziger Volkszeitung“ geschrieben:

Es giebt Dichter, die zu einem schönen Titel, den sie gefunden haben, eine Geschichte schreiben. Es giebt auch Politiker, die sich in ein neues Schlagwort verlieben und nach ihm ihre ganze Politik einrichten.

Los von Rom! Ein prächtiger Titel für einen historischen Roman aus dem sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert. Ein ungeheures weltgeschichtliches Bild rollen diese Worte auf. Wie der Funke einer freieren Geistesrichtung, sorgsam in der Gelehrtenstube gehegt, hinausfliegt über das finstere Oesterreich, wie die Flamme einer neuen Ueberzeugung tausend und abertausend Herzen ergreift, wie tausend und abertausend wackere Bürgersteute gebröckelt und landflüchtig von dannen ziehen, Erwerb und Besitz verlassend — ihre Ueberzeugung zu bewahren. Wie tausend und abertausend todkühnige Bauern den Spreeren der Ritter trotzen — ihrem Glauben zuliebe.

Unter Strömen Blutes haben die Ferdinande Oesterreich zurück nach Rom geführt. Das fromme Landvolk hat trotz seiner Frömmigkeit die Erinnerung an jene Zeit bewahrt. „Ich will euch katholisch machen!“ ist heute noch im Lande ein Droh- und Schreckwort geblieben.

Los von Rom! ist das neueste Schlagwort der radikalen deutsch-nationalen Politik. Die Partei Schönerers und N. S. Wolfs setzt sich aus Elementen des gebildeteren Bürgerstandes zusammen. Trotz ihrer Einseitigkeit zeichnet sie sich vor den anderen bürgerlichen Parteien Oesterreichs durch einen gewissen Grad historischer und philosophischer Bildung aus. Ihr Antisemitismus schöpft seine Begründung nicht aus dem Glaubenshass gegen die Nichtchristen, sondern aus kulturhistorischen Momenten. Mit Vorliebe behandelnd sie in ihrer Literatur Stoffe aus der deutschen Vergangenheit, wobei freilich der kritische Scharfblick durch die nationale Parteilichkeit stark getrübt wird, und das Verhältnis des deutschen Volkes zum Christentum ist ihrer Beobachtung nicht fremd geblieben. Für sie ist das Christentum nicht göttliche Offenbarung, sondern ein Erzeugnis des jüdischen Geistes, durch die Gewalt der Herren dem deutschen Volke aufgedrängt. Rame es auf ihren Willen an, so würde das deutsche Volk nicht die heilige Dreieinigkeit, sondern Wotan, Donar und Frigga verehren. Jeder Rest des alten Heidenthums, wie das Sommerfest und ähnliche Gebräuche, ist ihnen lieb theuer.

Spekulationen und schöngeistige Spielereien jener Richtung werden auf die Gemüther jugendlicher Studenten ihren Eindruck nicht versagen; in der Politik haben sie die deutsch-nationale Partei mit Recht zu einem Zielpunkt der Spötter gemacht. Denn diese Partei stellt sich als ein letzter Ausläufer der romantischen Richtung vom Anfange unseres Jahrhunderts dar, der, im Unsinne folgerichtiger als diese selbst, das deutsche Volk über den Katholizismus hinaus zurück ins Heidenthum führen will. Aber in diesem reaktionären Wahnsinn steckt gleichzeitig auch ein gutes Stück revolutionärer Kraft. Das Christentum, diese jüdische Erfindung, ist den Neuromantikern Deutsch-Oesterreichs gerade in jener Form am verhasstesten geworden, die es in Oesterreich angenommen hat. Erscheint ihnen das Christentum überhaupt als ein Uebel, so stellt sich ihnen das katholische Christentum als

das schlimmste Uebel dar. Die Thatsache, daß der germanische Norden protestantisch geworden ist, während der vorwiegend slavisch-romanische Süden katholisch blieb, bringt sie in die bestigste nationale Opposition wider die katholische Kirche und den Klerikalismus und führt ihnen den Gedanken nahe, eine Ausgleichung der nationalen und konfessionellen Grenzen anzustreben. Sie fordern darum ihre Parteigenossen zum Uebertritte zur protestantischen Kirche auf.

Wie in Deutschland, so war auch in Oesterreich die ultramontane Politik allzeit bestrbt, den nationalen und sozialen Gegensätzen einen möglichst weiten Spielraum zu gewähren. Es wäre eine durchaus verkehrte Annahme, wenn man die römische Kurie mit Bewußtsein deutschfeindliche Politik treiben ließe. Trotzdem zeigt die niedere katholische Geistlichkeit aller Gebiete, in welchen der Kampf zwischen Deutschthum und Slawenthum gekämpft wird, ein entschieden slawenfreundliches Gepräge. Und das aus einem leicht begreiflichen Grunde. Der slawischen, meist Ackerbau treibenden, geistig und kulturell viel tiefer stehenden Bevölkerung gilt die Religion viel mehr als Hauptinhalt des menschlichen Lebens als den industriellen, handeltreibenden, aufgeklärten Deutschen. Viel mehr als diesen erscheint jenen der Stand der Kleriker als das Ideal eines menschlichen Berufes. Von den Bürgern der slawischen Mittelschulen wendet sich daher ein weit stärkerer Prozentsatz dem Studium der Theologie zu als von den deutschen Mittelschulen, an denen gar oft der angehende Theologe ein Gegenstand des Spottes ist. Das Resultat ist ein Mangel an deutschen, ein Ueberangebot an slawischen Priestern, die Besetzung deutscher Pfarren mit Tschechen und Slowenen, die selten die Sympathie mit ihren Stammesgenossen verbergen können, und deren gebrochenes Deutsch die Herzen der slawenfeindlichen Bevölkerung nicht allzusehr mit Erbannung füllt. Zwar steht nicht bloß der Kaiser, sondern auch der Papst über der Grammatik, aber wenige sind in unserer glaubenstheologischen Zeit so gottergeben, auch in einem falsch angewendeten Dativ oder Accusativ das Wort Gottes zu verehren. Trifft es sich aber gar, daß der slawische Geistliche einer sprachlich gemischten Pfarre zugetheilt wird, dann werden wir ihn nicht selten als slawischen Agitator wiederfinden, der auch in seinen geistlichen Amtshandlungen wie in seinem gesellschaftlichen Verkehr das slawische Element begünstigt, und dessen deutsche Predigten bald nur unter den ältesten Weiblein des Orts geneigte Hörerinnen finden.

So ist die katholische Kirche sehr wider ihren Willen in Oesterreich in den Geruch der Slawenfreundschaft und der Deutschfeindschaft gekommen.

Damit glauben wir alle Wurzeln jener Bewegung aufgezeigt zu haben, die unter dem Schlagworte „Los von Rom“ eine neue Reformation in Oesterreich durchzuführen bestrbt ist: Die Gleichgültigkeit gegen die „undeutsche“ christliche Religion überhaupt, die relative Bevorzugung des protestantischen Glaubens als (man verzeihe das Wort) der immerhin noch deutschen Form des Christenthums, die Abneigung der deutschen Bevölkerung gegen die slawische Geistlichkeit. Aber das ist auch alles. Die wenigen protestantischen Schwärmer, die den Zeitpunkt für gekommen erachten, um die Wahrheit der protestantischen Religion zu verkünden, werden auch in den Kreisen der Los von Rom-Bewegung nur ein mitleidiges Schicksal finden. Ueber Elibat und über die Ohrenbeichte,

Aber die sieben Sacramente und über das Fegfeuer, den Papst und über die Heiligen, die Gegenstände blauer Streites vor dreihundert Jahren, regt sich heute in Oesterreich kein Mensch auf. Nicht der Glaubenskämpfer für die Triebfeder dieser neuen Reformation, sondern modern — wenn auch abstruse — politische Ideen, und nur höchste Wirkigkeit in Glaubenssachen hat sie möglich gemacht.

Damit ist aber der neuen Bewegung auch ihre natürliche Grenze gezogen. Noch besitzt ein großer Theil der deutschen Bevölkerung Oesterreichs zu viel religiöses Gefühl, um aus anderen denn aus theologischen Gründen ihren Glauben wechseln zu wollen. Der aufgeklärte Theil der Arbeiterschaft steht der Bewegung kühl gegenüber, denn wenn auch die Evangelisierung Oesterreichs für einen kulturellen Fortschritt bedeuten würde, so lehrt die Arbeiter doch eine reiche Erfahrung, daß eine Verquickung religiöser und politischer Fragen den Erfolg auf beiden Gebieten nicht fördert sondern hemmt. Bleibt also nur eine dünne Schicht des Bürgerthums, und diese ist von katholischen Staaten viel zu sehr abhängig, als daß sie sich in gewagte Versuche einlassen würde.

Wir besitzen in Oesterreich eine weitgehende Freiheit des Glaubens, aber wie alles Gute hierzulande besteht auch sie nur auf dem Papier. Jedem, der das vierzehnte Lebensjahr vollendet hat, steht die Entscheidung frei, ob er einer Religionsgenossenschaft und welcher er angehören wolle. Aber wehe dem Beamten, wehe dem Offizier, der es heute wagen würde, aus der katholischen Kirche auszutreten! Früher, als Katholik nur aus Ueberzeugung, oder um eine reiche Protestantin oder Jüdin heimzuführen, ihren Glauben verließen, mochte das noch angehen. Heute aber sind Krähwinkels Schreckenstage über Oesterreich hereingebracht, heute gilt für die österreichischen Machthaber Heines Wort:

Wer sich von seinem Gotte reißt,
Wird endlich auch abtrünnig werden
Von seinen irdischen Behörden.

Die Volkszählung des Jahres 1900 wird ein paar Hundert Protestanten mehr zählen als die von 1890. Das ist das praktische Resultat dieser romantischen Politik. Ihre politische Folge aber ist, daß Oesterreich in Gefahr steht, wieder einmal „katholisch gemacht“ zu werden. Und das gründlich!

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Den Tabakarbeitern diene zur Kenntniß, daß in Bremen bei den Firmen Klevenhufen, Langenstraße, Frischen, Germaniastraße, Lüder, Gr. Allee 22, W. Meyer, Stephanihofstraße, (früher Neustadtswall 27), Heidemann, Grafenstraße 30, sowie bei dem Kommissionsarbeiter F. W. Meyer, Schillingstraße (Woltershäuser), Differenzen vorliegen. — Die Streikbewegung der Reichensbacher Weber wurde ohne Erfolg für die Arbeiter beendet. Die Unternehmer können nunmehr an den Arbeitern ihr Mithschen fühlen und einige thun dies auch im vollsten Maße, speziell die Firma Wehl u. Nassau. Bei denselben sind circa 20 Personen nicht wieder angenommen worden; insgesamt werden es, soweit sich dies bisher übersehen läßt, circa 40 Arbeiter und Arbeiterinnen sein, die nicht wieder eingestellt werden. Die Arbeiterschaft möge aus diesem Ausgange aber die Lehre ziehen, daß, wenn Streiks überhaupt etwas helfen, dies nur dann der Fall sein kann, wenn dieselben genügend vorbereitet sind, was man von dem Reichensbacher Streik nicht

Ein Kampf um's Recht.

Roman von Karl Emil Franzos.

(7. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Wenn Taras des Abends heimkam, das milde Haupt an seines lieben Weibes Schulter lehnte und sein wildes Waffeln auf seinem Knie reiten ließ, dann wußte er sich nichts Schöneres, als den Blick in seine Kinderzeit zurückzulenken und wieder einmal mit den Augen der Seele zu verfolgen, wie das Glück seines Lebens emporgekömmt und erstarrt zu dem stolzen Baume, in dessen Schatten er nun ruhte. „Das ist kein schwächlicher schwankender Strauch“, sagte er sich stolz, „sondern ein Tannenbaum, der ja auch um so kräftiger wurzelt, je misshamer sich einst sein Stammchen aus feinigem Geblüht emporgebrängt, und keines Menschen Gnade hat ihn getränkt oder am Stäbchen gerade gezogen; nur die Sonne Gottes, die Gerechtigkeit, hat darüber geschienen!“ Und kein anderes Gebet wußte er sich in jenen Tagen, als dieses: „Du da droben, laß mir Alles, wie es ist, ich will nicht mehr und Besseres, aber gönne mir die Kraft, diese Menschen, die ich lieb gewonnen und mit denen ich verbrüderet bin, zu lehren, Deinen strengen, erhabenen Willen zu erkennen. Sieh, da plaudert ihnen der alte, verkommene Martin so viel von Deiner Gnade vor, und nichts von Deiner Gerechtigkeit, wie sollten sie Dich und ihre Pflichten erfassen und begreifen?“ Für sich selbst hatte er in jenen Tagen nichts zu erstehen.

So war Taras Barabola zur Zeit, da Herr Hajek nach Zulauce kam, einer der wackersten und glücklichsten Menschen, die je gelebt.

Drittes Kapitel.

Man erzählt oft, daß eine freudige oder trübe Ahnung rathselhaft unser Herz bewegt, wenn wir zuerst jenem Menschen begegnen, der im Guten oder Bösen unsere Zukunft

bestimmen wird. Bei Taras traf dies nicht zu; der neue Mandatar hatte ihm einen günstigen Eindruck gemacht. Aber hievon abgesehen, gebot es ihm schon sein Gerechtigkeitsginst, dem Richter entgegen zu treten, wenn dieser gegen den „neuen Willen des Herrn“ loszog. „Unser Graf Georg“, sagte er, „hat seinen Besitz ererbt, wie der Kaiser sein Reich; Weiden hat Gott ihre Macht gegeben, denn es muß eine Ordnung sein auf Erden. Es ist hart, daß wir frohnden müssen, aber so ist es uns auferlegt, und darum dürfen wir den Mandatar, der die Frohnde einhebt, nicht hassen. Er thut seine Pflicht, und wir die unsre.“ Die Bauern widerwachten nicht, besonders da Hajek auch bei der Ernte nur dieselbe Noth forderte, wie sein Vorgänger Gonta. Mißtrauisch war der Richter zu ihm gegangen, entschlossen, auf das äußerste zu feilschen; aber er kam nicht dazu. In wenigen Minuten war die Sache zur Zufriedenheit des Dorfes geordnet.

Erst im Herbst, sechs Monate nach Hajeks Ankunft, entstand ein Konflikt: bei der Leistung des Viehtributs. Jeder Hof hatte, je nach seiner Größe, zum Feste Mariä Geburt ein Fohlen, ein Kalb oder eine Gans zu liefern. Unter Gonta war die Leistung nie pünktlich eingefordert worden, sondern dann, wenn sich eben eine Vermehrung des Viehstandes ergab. Der Richter und die Aeltesten gingen zum Mandatar, gaben die Fristen an, zu welchen jeder Hausvater sein Stük liefern wolle, und damit war es gut. So dachten sie es auch diesmal zu halten. Der alte Stefan, Taras und der andere Aelteste, Simeon Womento, begaben sich am Sonntag vor dem Feste in's Schloß, und der Richter trug die Sache vor.

Herr Hajek hörte ihn ruhig an, ruhig und freundlich. Dann aber erwiderte er: „Du Mariä Geburt ist der Tribut fällig. Sollte er da nicht pünktlich geleistet werden, so müßte ich ihn zwangsweise einheben lassen.“

„Herr Mandatar“, rief Stefan heftig, „ändere den alten Brauch nicht!“

„Es ist ein Mißbrauch!“

„Ein Mißbrauch sollte es sein, was die Natur gebietet?“

„Ihr hättet Euch eben früher versehen müssen!“

„Der Rath ist gut“, erwiderte der Richter mit grimmigem Hohne. „Vielleicht stimmt er auch mit Deinen Erfahrungen in der Viehwirtschaft, Herr Mandatar! Vielleicht kalben in Böhmen die Kühe auf des Gutsherrn Befehl! Aber hier leider nicht!“

Herr Wenzel wurde bleich und roth, jedoch die Ruhe verließ ihn nicht. „Ich muß meines Herrn Recht wahren!“ sagte er und ging in's Nebenzimmer.

Erregt kehrten die Bauern heim, und wie ein Lauffener eilte die schlimmste Kunde durch's Dorf. Als sich die Leute zwei Stunden später zur Versammlung vor der Schänke einfanden, vernahm man überall zornige Reden. Entrüstet trug der Richter die Sache vor. „Wir müssen auf den alten Brauch bestehen!“ rief er. „Und was die Gewalt betrifft, mit der er droht, so mag er zusehen, wie weit er damit kommt! Flinten, Pulver und Blei haben wir Gottlob auch!“

„Urrah!“ riefen ihm die Männer zu und schwangen ihre Waffen. Nur Einer blieb ruhig: der Aelteste Taras. Er ließ den ersten Sturm vertosen, dann meldete er sich zum Worte.

„Es trifft uns hart“, begann er. „Wir haben uns nicht vorgeesehen! Der alte Brauch war billig und vernünftig; wer könnte daran zweifeln? Aber so peinlich uns die Sache sein mag, wir müssen doch erwägen, wer im Rechte ist! Und das geschriebene Recht, ihr Leute, spricht für den Herrn!“

„Wer hat es denn aufgezeichnet?“ unterbrach ihn Stefan. „Des Kaisers Schreiber! Was verstehen die von der Wirthschaft?“

„Wenig genug!“ gab Taras zu. „Aber dieselben Schreiber haben auch festgestellt, daß wir keine Leibeigenen mehr sind und auch Rechte gegen den Herrn haben. Wer das Eine will, muß das Andere befolgen!“

... konnte. — Der Streik der Maurer in Bellen
 innerhalb vier Tagen zu Gunsten der Gesellen be-
 endet. Die Forderungen sind mit 37 1/2 Pfg. pro Stunde
 um 1. Juli angenommen, von da an beträgt der Lohn
 50 Pfg., außerdem soll dann die Arbeitszeit 10 Stunden
 betragen. Bei einem Unternehmer wird der volle Lohn
 bezahlt. Sämtliche in der Branche vorhandene
 Stande werden abgesetzt. — Durch das Eingreifen des
 Metallarbeiterverbandes ist der drohende Streik
 Schlosser in der weimarischen Waggon-
 fabrik verhindert, die Sperre über die Fabrik bleibt
 bestehen. Man will im Wege weiterer Verhandlungen eine
 Regelung der noch schwebenden Differenzen herbeiführen.
 Eine große Anzahl der bisher dort beschäftigten unorganisi-
 erten Arbeiter hat sich dem Verband angeschlossen.
Das Vermögen des Verbanes der
 russischen Buchdrucker hat nunmehr 2 Millionen
 Mark überschritten, ganz abgesehen von den Vermögens-
 ständen in den einzelnen Gau- und Ortsvereinen, die zum
 Theil auch noch recht beträchtlich sind.
Vom Ausstand der belgischen Kohlenarbeiter.
 Bütlich hat der Ausstand größeren Umfang ange-
 nommen und sich auf zwei weitere Kohlenbergwerke, die von
 Sain und St. Nicolas, ausgedehnt. Mehrere Arbeiter
 haben einen Teil ihrer Feuerlöcher, mehrere andere
 werden genöthigt sein, in kurzem die Arbeiten völlig ein-
 zustellen. Im Becken von Mons hat sich die Zahl der Aus-
 ständigen um 300 vermehrt und beträgt jetzt 13 175, im
 Becken du Centre ist die Zahl der Ausständigen um 474 zu-
 zugegangen und beträgt jetzt 12 610, im Becken von Char-
 croit hat die Zahl der Ausständigen um 1000 zugenommen.
 In Belgien stellt sich nunmehr auf 21 600. Ueberall herrscht
 Ruhe.
Zur Maifeier. In Wien werden diesmal am
 Mai die Festungsfeier vollständig abgebrochen
 werden. Die Montagstätter kündigten bereits an, daß
 wegen der Maifeier am 1. Mai ausfallen müssen, und
 die Tageszeitungen werden Dienstag Nachmittag er-
 scheinen. Die Wiener Festungsfeier geben damit ein nach-
 menswertes Beispiel.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Nicht unschuldig hingeri-
 chtet. Gegenüber der von Berliner Zeitungen anlässlich
 des Mordprozesses Guthmann gebrachten, auch von uns
 leidegebenen Nachricht, daß im Jahre 1856 ein gewisser
 utlich in Berlin unschuldig hingerichtet worden sei, ver-
 weist der „Reichsanzeiger“ auf die im „Reichsanzeiger“ im
 Jahre 1891 erschienene amtliche Widerlegung, wonach Pütt-
 kow vor der Polizeibehörde und dem Untersuchungsrichter ein
 Geständniß abgelegt hat, und wozu ferner davon, daß ein
 jennaltiger Schumann Dreher eingestanden haben soll, den
 Nord verübt zu haben, nichts bekannt geworden ist. Die
 ründe, worin Dreher vor einem Prediger, einem Polizeil-
 utuant und einem Notar sein Geständniß mit seiner Unter-
 schrift bekräftigt hätte, wurde niemals dem Justizminister
 ngerichtet. Alle Mittheilungen der Tagespresse, welche da-
 zu beitragen, daß die Unschuld des Püttlich ermittelt werden
 i und daß dies seitens der Justizverwaltung in irgend
 nder Hinsicht anerkannt worden sei, seien nichts als leere
 irtungspunkte. — Ein entsetzlicher Unglücks-
 all, bei welchem zwei Kinder ihren Tod fanden,
 en, während ein drittes schwer verletzt wurde, ereignete
 sich in Berlin. Drei Kinder wurden beim Spiel von
 einem Bretterstapel verschüttet, nur eines konnte gerettet
 werden, die beiden anderen wurden sofort getödtet. — Ver-
 rüthlich aus Eifersucht wurde Mittwoch Morgen

3 Uhr in der Wilhelmstraße zu Stettin ein Mord und
 Selbstmord verübt. Der Kaufmann Paul Scholz,
 welcher gerade aus einem in der Wilhelmstraße gelegenen
 Restaurant gekommen war, feuerte auf seine Frau einen
 Revolvergeschuß ab, worauf diese schreiend in das Restaurant
 zurückließ und bald darauf verstarb. Der Mörder setzte sich
 auf eine Bank auf dem nahe Viktoriaplatz und schoß sich
 ebenfalls eine Kugel in den Kopf, die ihn sofort tödtete.
 Ein seltsames Ehehinderniß dürfte ein in einer
 der letzten Nächte in Saaran in Schlesien verübter
 Einbruch in den Aushangkasten für Ehepaare bilden. Der
 im dortigen Gerichtskreisbeamtsbureau befindliche Kasten wurde ge-
 waltiam erbrochen und von den darin befindlichen drei
 Aushängen zwei Aufgebotscheine gestohlen.
 Auf die Ermittlung des Täters bezw. Wiederherbeibringung
 der beiden Urkunden ist eine Belohnung von 10 Mark aus-
 gesetzt worden. Wie vermutet wird, handelt es sich um
 einen Machaart gegen die betreffenden Brautpaare und somit
 wohl auch um das letzte Kapitel irgend einer Liebestragödie.
 Eine heftige Gasexplosion fand am Dienstag
 in Kleve statt. Fünf Personen wurden demart-
 schwer verletzt, das Sie alsbald in das Hospital über-
 führt werden mußten. Ein Ehepaar liegt im Sterben. Das
 Gebäude wurde stark verunstaltet. Das Unglück entstand, als
 der Besitzer des Hauses mit brennendem Streichholz eine un-
 dichte Gasrohrstelle untersuchen wollte. — In dem 900 Me-
 ter von Slogau entfernten Orte Kuntlaun brach am
 Dienstag Vormittag gegen 11 Uhr Feuer aus, das sich
 in Folge starken Windes sehr schnell verbreitete und in kurzer
 Zeit 13 Wohnhäuser mit 14 Wohnhäusern, 12 Scheunen
 und 13 Stallgebäuden einäscherte. Eine Person erlitt
 leichte Verletzungen. Bei der schnellsten Ausbreitung des
 Feuers konnte fast nichts gerettet werden. Ein von hef-
 tigem Sturmwinde angefachtter Brand wüthete am Dienstag
 in der Ortschaft Guta bei Morn. Bis zum Abend
 wurden dreihundert Häuser eingeäschert.
 Ein Gend'arm, vier Kinder und sieben Weiber
 kamen im Feuer um. Die Gesamtzahl der Opfer ist
 noch nicht ermittelt. Die Rettungsarbeiten waren sehr
 schwierig. — Eine furchtbare Gasexplosion
 hat in Odessa im Instruktionsaal der Kaserne Nr. 5
 stattgefunden, wo eine halbe Kompanie Soldaten zum
 Unterricht versammelt war. Acht Personen, ein
 Offizier, drei Unteroffiziere und vier Gemeine wurden ge-
 tödtet, sechs Gemeine verwundet. Der Saal hat
 starke Risse erhalten. — General Marselli in Rom
 stürzte sich aus dem Fenster und blieb todt. — Eine
 grantige Ladung führt der amerikanische Transport-
 dampfer „Morgan City“, der auf der Reise von Manila
 nach San Franzisko begriffen ist, mit sich. Es befinden sich
 nämlich dreihundert hermetisch verschlossene
 Särgen an Bord, in denen die sterblichen Ueberreste von
 300 Offizieren und Mannschaften ruhen, die bisher in der
 Nähe von Manila beerdigt waren. Nach Anlauf in San
 Franzisko werden die Todten auf Staatskosten nach ihrer
 Heimath zur endgültigen Bestattung überführt werden.
 Eine Drahtmeldung, die von Michaelsfort in Vancouver
 eintraf, berichtet, daß seit Mitte April die Eisdecke des
 Yukonstromes (Nordamerika) gebrochen ist und daß die
 Kluthen unter Mitführung gewaltiger Massen von Eisklotten
 über die Stadt Dawson hereingebrochen sind. Diese
 Stadt, die den Sitz der kanadischen Verwaltung für das
 Nordwestterritorium darstellt, beherbergte während des ver-
 gangenen Winters 27 000 Personen, die in etwa 6000 meist
 einstöckigen Häusern wohnten. Von diesen ist fast die Hälfte
 durch die Kluthen zerstört worden, wobei auch mehrere
 hundert Menschenleben verloren gegangen
 sind. Von der amerikanischen Presse. Das
 „Newyork Journal“ hat einen neuen Zug in den modernen
 Journalismus hineingebracht, indem es Gelder zum Bau
 einer unterirdischen Eisenbahn zusammenzubringen
 versucht. Seine Leser haben 2 600 000 Dollar gezeichnet,
 allein 15 Millionen Dollars sind nöthig. Das Blatt selbst
 hat 5 Millionen gezeichnet. Die „World“ ihrerseits erbietet
 sich, 1 Mill. Dollars vorzuschießen.
Die deutsche Justiz liefert fast täglich den Beweis,
 daß sie auch milde Urtheile fällen kann, ohne daß die

Fundamente des Ordnungsstaates dadurch in's Wanken ge-
 rathen. Allerdings handelt es sich in fast allen derartigen
 Fällen um Sünden der Gesellschaft, nicht um Arbeiter.
 Von der Strafkammer in Hannover erhielt kürzlich der
 Wäschereibesitzer Wilh. Kreyer aus dem benachbarten Al-
 tendorf eine Geldstrafe von 30 Mk. auferlegt, weil er
 unter Androhung von Schlägen die bei ihm in
 Stellung befindliche Dienstmagd Mohrmeyer zu nöthi-
 gen vernünftigen hatte, sich schriftlich mit Lohn-
 abzügen einverstanden zu erklären! Wenn
 man dies auffallend milde Urtheil mit so manchen anderen
 Urtheilen vergleicht, in denen Arbeiter mit Monate
 langen oder Jahre langen Gefängnißstrafen
 belegt wurden, bloß weil sie in Wahrung ihrer Interessen
 sich vielleicht zu einem unüberlegten Worte gegenüber irgend
 einem Streikbrecher hatten hinweisen lassen, dann kann man
 doch recht lehrreiche Betrachtungen anstellen. Uns dünkt,
 daß, wenn ein Dienstherr seine Dienstmagd unter Androhung
 von Schlägen anfordert, sich schriftlich mit einem Lohn-
 abzüge einverstanden zu erklären, daß das ein recht großer
 Fall von Nothigung ist. Im § 253 des Str. G. B. heißt
 es: „Wer, um sich einen rechtswidrigen Vermögensvorteil
 zu verschaffen, einen Anderen durch Gewalt oder Drohung
 zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nöthigt, ist
 wegen Erpressung mit Gefängniß nicht unter einem
 Monat zu bestrafen. Der Versuch ist strafbar.“ Und in
 § 256 heißt es dann weiter, daß neben der Gefängniß-
 strafe auch noch auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte er-
 kann werden kann. Nun ist es im vorstehenden Falle aller-
 dings bei dem Verthäter geblieben. Immerhin aber ist die
 erlittene Strafe von 30 Mk. viel, viel zu milde. Wir leben
 eben im Massenstaat.

Die Armuth als Strafursache. Ein Schneider und
 eine Witwe in Kruftadt (Thüringen), welche Armen-
 unterstützung beziehen, waren vor dem dortigen
 Schöffengericht angeklagt, öffentliche Unstärken be-
 sucht und dadurch gegen das Ortsstatut verstoßen zu haben.
 Beide wurden wegen dieses „Vergehens“ zu je einem
 Tag Haft verurtheilt!
Wegen „uneigentlicher“ Verleumdung eines Schu-
 mannes wurde der Gastwirth Karl Schmidt in Hannover,
 Verwalter des dortigen Saalbauers, zu 10 Mk. Geldstrafe
 verurtheilt; er hatte den Schumann „in barschem Tone“
 aus dem Lokal gewiesen. Wenn auch eine Verleumdung im
 eigentlichen Sinne nicht vorliegt, so führte der er-
 teilende Richter aus, so sei doch durch die Beweisaufnahme
 erwiesen, daß der Angeklagte den Schumann „in
 barschem Tone“ verlegt habe. Wonach sich zu
 richten!

**Eines der reizendsten Gedichte von Robert
 Damerling ist das folgende:**

Reichte.
 Das beste meiner Bücher,
 Das hab' ich nie geschrieben,
 Die schönsten meiner Lieber
 Sind ungelungen geblieben.
 Die feurigsten meiner Küsse,
 Die hab' ich nie geküßt —
 Die stolzeiten meiner Gelüste,
 Die hab' ich nie geküßt.
 Sobald ich lieg' im Sterben,
 Muß mir ein Häßlein her,
 Dem will ich es zeitig beichten,
 Was mich drückt im Gewissen so schwer.
 Die Sünden, die ich begangen,
 Die wird mir der Himmel verzeih'n,
 Doch die ich verübt, zu begeben,
 Die werden mich ewig gereih'n.
 Dieses Gedicht, so berichtet die „Wiener Arbeiterztg.“
 aus Wien, war von Josef Schen komponirt worden und
 sollte bei der Frühlingsliedertafel des Sängerbundes „Land-
 strafe“ vorgelesen werden. Dagegen aber erhob die Poli-
 zeidirektion Einspruch und verbietet die Aufführung des
 Werkes. Das Publikum hielt zwar den gedruckten Text des
 Liedes in Händen, aber gesungen durfte er nicht
 werden! Dieses Ansehen an Unstittlichkeit hat die Poli-
 zeipflichtgemäß verhindert.

„Aber wo sollen wir plötzlich Fohlen und Rälber her-
 nehmen?“
 „Das findet sich. Einiges kann ich aus meinem Vieh-
 laude leihen, vielleicht thun Andere das Gleiche. Auch bin
 ich bereit, mich für jeden braven Hausvater zu verbürgen,
 wenn er sein Tributstück in der Nachbarschaft kaufen will
 und das Geld nicht bar besitzt. Das ist Nebenache. Aber
 Recht muß Recht bleiben, um unretlich!“
 Die ruhigen, festen Worte machten tiefen Eindruck; die
 Männer begannen die Sache ernster und nüchtern zu er-
 wägen. Mehrere nahm auch das Anerbieten des Taras die
 Sorge vom Herzen. Schließlich widersprach nur noch der
 Richter. „Seid mir geduldig wie die Lämmer!“ rief er,
 und Ihr werdet bald geschoren sein!“ Aber die große
 Mehrzahl entschied sich für das Nachgeben, und damit war
 die Gesamtheit gebunden.
 Der Tribut wurde pünktlich geleistet, freilich nicht ohne
 schwere Opfer des Taras. Viele bedurften seiner Hilfe
 wirklich, Andere nützten die gute Gelegenheit, zu einem Dar-
 lehen zu kommen, welches sie nie zurückzahlen konnten oder
 wollten. So war es in der That vornehmlich das Verdienst
 des Podoliers, wenn am Morgen des Festtages kein einziger
 Hausvater mit seiner Leistung im Rückstande blieb.
 Das erkannte auch Herr Hajek an, als ihm Taras sein
 Stück, ein Fohlen übergab. „Es war brav von Dir“
 sagte er, „daß Du die Leute zur Vernunft gebracht! Du
 hast mir gleich besonders gut gefallen; ich sehe mit Freude,
 daß mich mein Blick nicht getäuscht!“ Der Bauer ver-
 beugte sich tief. Aber was er erwiderte, war kein be-
 müthiger Dank, sondern das ernste Wort: „Recht muß Recht
 bleiben!“
 Das war im September gewesen. Vier Wochen
 später ließ Hajek den Richter und die Aeltesten zu sich ent-
 bieten.
 „Ihr habt“, sagte er ihnen nach freundlicher Begrüßung,
 „von Allerfeulen bis zum Sonntag Judica täglich acht Mann
 zur Waldrobot zu stellen. Nicht wahr, die Verpflichtung

besteht? Nun denn, so theilt Euch die Sache ein und gebt
 mir dann das Verzeichniß der Arbeiter für jeden Tag der
 Woche. Am Morgen nach Allerfeulen haben die Ersten an-
 zutreten.“
 „Die Verpflichtung besteht“, erwiderte der Richter.
 „Aber da der Graf keinen Wald mehr hat, so hört auch
 die Waldrobot auf. Oder sollen vielleicht gar mitten im
 Winter neue Pflanzungen angelegt werden?“
 „Nein“, sagte Hajek. „Aber Kräfte, die mir rechtlich
 gebühren, darf ich nutzen, wo ich will. Ich habe die
 Waldrobot des Dorfes an den Forstmeister in Prinkowce
 vermiethet.“
 „Das war Unrecht, Herr!“ fuhr der Richter auf.
 „Nur unserem Grafen gilt die Verpflichtung und nur für
 seinen eigenen Besitz!“
 Herr Wenzel that, als hätte er die Worte nicht ge-
 hört. Er strich das Papier, mit dem er während der
 Unterredung gespielt, sorglich glatt und wendete sich zur
 nächsten Thür. „Also am Tage nach Allerfeulen die ersten
 acht!“
 „Das giebt Blut“, rief der Richter, „wenn Du uns
 zwingst!“ Aber der Mandatar war bereits im Neben-
 zimmer.
 Verstört gingen die Männer von dannen.
 „Richter“, begann Taras auf dem Wege, „das ist eine
 bittere Sache. Wir müssen der Versammlung vorschlagen,
 was Rechte ist. Aber eben darum müssen wir selbst vor-
 her die Papiere prüfen, die Du bewahrst; der Pfarrer wird
 uns helfen!“
 „Podolier!“ rief Stefan wüthend, „fahre hier keine
 neuen Sitten ein! Gegen Unrecht“ er riß die Pistole aus
 dem Gürtel — „ist das hier ein Beweisstück!“
 Taras blickte traurig zu Boden. „Wißt Du das Blut
 auf Dein Gewissen nehmen?“ fragte er ruhig.
 „Wißt Du das Unrecht auf Dein Gewissen nehmen?“
 entgegnete der Richter.
 „Nein!“ behauptete Taras. „Aber erstens giebt es

gegen Unrecht nur eine Waffe: die Klage beim Kreisamte,
 und zweitens müssen wir erst aus den Papieren ersehen, ob
 wir im Rechte sind!“
 Lange sträubte sich Stefan dagegen. Da jedoch auch
 Simeon der Ansicht des Taras war, so holte er endlich die
 Urtschriften aus der Tasche hervor, und die drei Männer
 begaben sich zum Pfarrer.
 Se. Hochwürden Herr Martin Sustenowicz waren ein
 braver Mann, der gern Jedem und Alles auf Erden gellen
 ließ, den Schnaps ausgenommen, den er überall vertilgte.
 Auch hatte er über jede Sache seine eigene Ansicht und
 brachte sie mit großer Entschiedenheit vor; aber es war
 stets jene des Menschen, den er zuletzt angehört. So konnte
 denn sein Rath auch diesmal nicht erheblich zur Klärung
 der Sache beitragen. Es war dies umso mehr zu beklagen,
 als die Frage keineswegs leicht zu entscheiden war. In dem
 Erlasse des Guberniums stand nämlich bloß kurz und blän-
 dig: die Gemeinde Zulawce habe der Herrschaft die Wald-
 robot zu leisten.
 „Seht Ihr!“ rief Stefan triumphirend. „Der Herr-
 schaft, dem Besitzer von Zulawce, und für dieses Dorf, also
 nicht in Prinkowce!“
 „Natürlich nicht in Prinkowce“, bestätigte der Hoch-
 würdige. „Sonst könnte er Euch gar nach Wien vermiethen!
 He, he! lächerlich!“
 „Der Herrschaft?“ meinte Taras bedächtig. „Wenn
 wirklich kein Befehl bezüglich des Ortes steht, so darf er
 vielleicht sagen: Ich vermiethet die Kraft, für die ich keine
 Verwendung habe!“
 „Natürlich!“ rief Herr Martin. „Um den Wald ist er
 gekommen, soll er auch noch auf die Waldrobot verzichten?!
 He, he! lächerlich!“
 „Ohne Wald keine Waldrobot!“ rief Stefan dagegen.
 „Freilich“, bestätigte der Hochwürdige, „das muß ja
 ein Kind einsehen! — he! he! — wo ist der Wald, in
 dem er Euch roboten lassen will? He, he!“
 (Fortsetzung folgt.)